



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Kreisausschuss

---

Es informiert Sie:	Charlotte Delahaye
Telefon:	02104/99-1224
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	<a href="mailto:charlotte.delahaye@kreis-mettmann.de">charlotte.delahaye@kreis-mettmann.de</a>

Mettmann, den 28.09.2016

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Montag, den 26.09.2016, 16:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Thomas Hendele

#### **Mitglieder**

Wolfgang Diedrich

Detlef Ehlert

Alexandra Gräber

Ursula Greve-Tegeler

Brigitte Hagling

Dr. Bernhard Ibold

Martina Köster-Flashar

Ilona Küchler

Waldemar Madeia

Klaus Müller

Dieter Roeloffs

Stephan Schnitzler

Manfred Schulte

Udo Switalski

Elke Thiele

Klaus-Dieter Völker

#### **Verwaltung**

Harald Beier

Denise Brauer

Lothar Breitsprecher

Charlotte Delahaye

Georg Görtz

Dirk Haase  
Nils Hanheide  
Pascal Hinnenthal  
Daniela Hitzemann  
Thomas Jarzombek  
Dr. Rudolf Lange  
Jürgen Lenz  
Lisa Remus  
Martin M. Richter  
Martin Schlüter  
Christian Schölzel  
Tobias Schruff

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30.06.2016
3. Informationen der Verwaltung
4. Genehmigung einer Dienstreise von Mitgliedern des Kreistages zur Teilnahme an der Landkreisversammlung des Landkreistages Nordrhein-Westfalen am 30.09.2016 01/011/2016
5. Beteiligung des Kreises an einer ProVitako-Ausschreibung zur Beschaffung von Hardware für Rechenzentren 16/004/2016
6. Erster Zwischenbericht der Finanzstrukturkommission 20/023/2016
7. Jod-Tabletten für den Kreis Mettmann 32/015/2016  
hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.09.2016
8. Änderung der Hauptsatzung des Kreises Mettmann 01/006/2016
9. Kreissparkasse Düsseldorf 01/009/2016  
hier: Verwendung des auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteils am Jahresüberschuss 2015
10. Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Statistik 10/030/2016  
hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Haan

- |       |   |               |
|-------|---|---------------|
| 11.   | Gründung der Metropolregion Rheinland e.V.  | 10/031/2016   |
| 12.   | Fortschreibung des Regionalplans - Zweite Offenlage des Regionalplanentwurfs - Stellungnahme des Kreises Mettmann im Beteiligungsverfahren  | 61/014/2016/1 |
| 13.   | Änderungen im Busliniennetz der Stadt Monheim am Rhein  | 20/015/2016   |
| 14.   | Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Ennepe-Ruhr-Kreis   | 20/017/2016   |
| 15.   | Förderaufruf des MFKJKS NRW<br>Präventives Handeln vor Ort stärken - Kommunales Förderprogramm zur Rechtsextremismus- und Rassismusprävention   | 50/021/2016   |
| 16.   | Bildung des Kreiswahlausschusses zur Landtagswahl am 14. Mai 2017   | 32/010/2016   |
| 17.   | Betriebsabrechnung 2015 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann  | 32/009/2016   |
| 18.   | Verfahren zur Bestellung von Schulleiterinnen und Schulleitern<br>- Beendigung der Entsendung von Mitgliedern in die Erweiterte Schulkonferenz  | 40/022/2016   |
| 19.   | Vereinbarung zur Übernahme der Trägerschaft der Selbsthilfekontaktstelle des Kreises Mettmann durch den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Landesverband NRW e.V. zum 01.01.2017 | 53/008/2016   |
| 20.   | Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann ab 01.01.2017<br>- Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann        | 53/009/2016   |
| 21.   | Änderungen für den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen im Kreis Mettmann   | 57/004/2016/1 |
| 22.   | Nachträge   |               |
|       | Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe   | 57/005/2016   |
| 22.1. | Hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.09.2016   |               |

### **Nicht öffentlicher Teil**

- |     |   |             |
|-----|---|-------------|
| 23. | Informationen der Verwaltung  |             |
| 24. | Beteiligungsmanagement<br>- Informationsvorlage über die Beteiligungsunternehmen des Kreises < 20 % | 20/024/2016 |

- |     |   |             |
|-----|---|-------------|
| 25. | Genehmigung der Vergabe von vier Notarzteinsatzfahrzeugen   | 32/008/2016 |
| 26. | Notarztstellung für den Einzugsbereich Ratingen   | 32/014/2016 |
| 27. | Vergabe des Jahresrahmenvertrags für die Gewerkekombination Metallbau- und Beschlagarbeiten 2016-2018 | 23/024/2016 |
| 28. | Nachträge   |             |

## Öffentlicher Teil

<b>Zu Punkt 1:      Formalien</b>
-----------------------------------

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt die Anwesenden. Es folgt die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit (KA Krick und KA Vielhaus fehlen entschuldigt) und der Beschlussfähigkeit.

Er erinnert daran, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt

- 22.1 Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe  
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 16.09.2016

erweitert wurde.

Aufgrund des nahen Sachzusammenhanges schlägt Landrat Hendele vor, den Tagesordnungspunkt

18. Verfahren zur Bestellung von Schulleiterinnen und Schulleitern  
- Beendigung der Entsendung von Mitgliedern in die Erweiterte Schulkonferenz

vor Tagesordnungspunkt

8. Änderung der Hauptsatzung des Kreises Mettmann

zu beraten.

Des Weiteren empfiehlt er den Tagesordnungspunkt

21. Änderungen für den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen im Kreis Mettmann

von der Tagesordnung zu nehmen. Die Beratung über den Tagesordnungspunkt soll nach Einholung der Stellungnahmen der Behindertenverbände im 4. Quartal 2016 in den Gremien des Gesundheitsausschusses, des Kreisausschusses und des Kreistages erfolgen.

Der Kreisausschuss stellt die Tagesordnung inklusive der Änderungen fest.

<b>Zu Punkt 2:      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30.06.2016</b>
---

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 30.06.2016 wird einstimmig genehmigt.

<b>Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung</b>
---

### **StadtUmland.NRW – Projektaufruf**

Landrat Hendele berichtet von einem Förderprogramm „StadtUmland.NRW“ des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW. Das Land NRW habe angesichts der aktuellen Herausforderungen (knapper Wohnungsmarkt, Migration, Demographie, Verkehrsengpässe) seine Förderpolitik im Bereich des Wohnungsbaus und des Verkehrs neu ausgerichtet und will die Fördermittelvergabe auf regionale Kooperationen zwischen Großstädten und Kommunen des Umlandes konzentrieren. Städte, Gemeinden und Kreise konnten sich bis zum 14.09.2016 zu Stadtumlandverbänden zusammenschließen und mit ersten Projektskizzen an einem Wettbewerb teilnehmen. Der Kreis Mettmann sei an zwei Stadtumlandverbänden beteiligt, die von der Fachjury ausgewählt worden seien und nun in einer zweiten Phase mit finanzieller Unterstützung (200.000€) des Landes NRW weiterentwickelt werden. Am Ende der zweiten Phase erfolge nochmals eine Auswahl, bei der die Preisträger dann mit weiteren Zuwendungen des Landes rechnen können.

### **Interkommunales Netzwerk im rechtsrheinischen, bergischen Teil der Metropolregion Rheinland**

Auf Initiative der drei bergischen Großstädte sei der Aufbau eines interkommunalen Netzwerkes geplant, mit dem Ziel, künftige planerische Herausforderungen mit den Schwerpunkten Bevölkerungswachstum, Siedlungsentwicklung, Mobilität und Verkehr gemeinsam anzugehen. Das Netzwerk decke den Raum der Großstädte Düsseldorf, Leverkusen, Remscheid, Solingen, Wuppertal, den dazwischen liegenden Kreis Mettmann vollständig sowie nördliche Teile des Rheinisch-Bergischen und des Oberbergischen Kreises ab.

### **RegioNetzwerk – Leben und Arbeiten an der Rheinschiene – nachhaltig mobil in der Region**

Landrat Hendele erläutert, dass es sich hierbei um den Zusammenschluss eines neuen Stadtumlandverbundes aus fünf Städten unter Beteiligung des Kreises Mettmann handle. Diese Städte seien funktional eng miteinander verflochten (Duisburg, Düsseldorf, Krefeld, Meerbusch und Ratingen). In diesem Verbund gehe es konkret um die Entwicklung neuer Siedlungsflächen mit einem Schwerpunkt in Duisburg-Wedau, die verkehrlich gut angeschlossen werden sollen. Der Kreis Mettmann unterstütze die Kooperation insbesondere bei der Reaktivierung der Ratinger Weststrecke zur Optimierung des Schienennahverkehrs.

<b>Zu Punkt 4: Genehmigung einer Dienstreise von Mitgliedern des Kreistages zur Teilnahme an der Landkreisversammlung des Landkreistages Nordrhein-Westfalen am 30.09.2016 - Vorlage Nr. 01/011/2016</b>
--

KA Müller erklärt, dass an der Landkreisversammlung des Landkreistages Nordrhein-Westfalen kein Mitglied der Fraktion FDP teilnehmen könne. KA Ruppert sei an diesem Tag verhindert.

Es folgt die Abstimmung zu folgendem

#### **Beschluss:**

Die Dienstreise der Kreistagsmitglieder KA Greve-Tegeler, KA Hübinger, KA Köster-Flashar, KA Hagling, KA Küppers und der sachkundigen Bürgerin SB Braun-Kohl zur Teilnahme an der Landkreisversammlung des Landkreistages Nordrhein-Westfalen am 30.09.2016 im Kreis Borken wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 5:</b>	<b>Beteiligung des Kreises an einer ProVitako-Ausschreibung zur Beschaffung von Hardware für Rechenzentren - Vorlage Nr. 16/004/2016</b>
--------------------	--

**Beschluss:**

Der Kreis Mettmann beteiligt sich an einer ProVitako-Ausschreibung zur Beschaffung von Hardware für Rechenzentren.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 6:</b>	<b>Erster Zwischenbericht der Finanzstrukturkommission - Vorlage Nr. 20/023/2016</b>
--------------------	--

KA Kückler fragt nach der aktuellen Gesetzeslage bzw. Rechtsprechung hinsichtlich der im Zwischenbericht angegebenen Belastung im Bereich der Kosten der Unterkunft.

Herr Richter teilt mit, dass er zur Thematik der Kosten der Unterkunft und des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens zur Ausgestaltung der Entlastung der Kommunen bereits im Sozialausschuss berichtet habe. Er betont, dass das Gericht nunmehr verlange, dass ein Nachweis erbracht wird, dass zum betreffenden Zeitpunkt Wohnraum zur Verfügung gestanden habe. Erst bei diesem – sehr arbeitsintensiven – Nachweis könne eine Kürzung der Kostenzahlung durchgeführt werden.

KA Gräber bedankt sich für den Zwischenbericht. Sie erkennt die Finanzstrukturkommission als bewährtes Gremium an und hoffe, dass sich die Ergebnisse im Haushalt niederschlagen werden. Besonders positiv sei ihr die Mitarbeiterbefragung aufgefallen. Allerdings betont sie, dass im Bereich der freiwilligen Leistungen vermehrt sensibel beim Umgang der Leistungsgewährung umgegangen werden solle. Auch müsse im Bereich der Buchungen in A2LL genauer geprüft werden.

KA Köster-Flashar nimmt Bezug auf den Bericht zum Medienzentrum. Sie bittet um eine weitere Ausführung zur Variante 2.

Herr Schölzel führt hierzu aus, dass das Medienzentrum trotz der Einsparung gut aufgestellt sei und erläutert die zukünftige Gestaltungsmöglichkeit. Eine Vollkürzung sei nicht empfehlenswert. Darüber hinaus macht er auf die wichtigen Angebote und Veranstaltungen des Medienzentrums aufmerksam. Vor dem Hintergrund zunehmender Bedeutung von Medienbildung, z.B. in Anbetracht bestehender Gefahren im Internet wie durch Cybermobbing, sei es sinnvoll, dieses Handlungsfeld beizubehalten.

Hinsichtlich der Aufklärung kommunaler Ansprüche im Zusammenhang mit Fehlbuchungen in A2LL führt Herr Schölzel zum Betrugsfall aus, dass dieser durch die Prüfer des Prüfungsamtes aufgrund von unregelmäßigen Buchungen aufgefallen sei.

KA Müller fordert, dass sich die Finanzstrukturkommission auf wesentliche Projekte und Handlungsfelder der Verwaltung konzentrieren solle. Er sehe keinen Vorteil durch die Einsparung kleiner Projekte.

Herr Richter widerspricht den Äußerungen von KA Müller. Er erklärt, dass eben viele kleine Schritte notwendig seien, um Erfolge verzeichnen zu können. Ziel sei es, das Verwaltungshandeln so schlank und effektiv zu halten, wie es möglich sei.

KA Völker erkundigt sich im Zusammenhang mit den Kosten der Unterkunft und den Fehlbuchungen nach einem möglichen Regressanspruch.

Herr Richter führt aus, dass bereits versucht worden sei, anhand einer Hochrechnung die Kosten dem Bund in Rechnung zu stellen. Dies sei allerdings nicht akzeptiert worden. Einzelfälle müssten ausgearbeitet werden. Offen bleibe, ob nach einer Einzelfallfeststellung eine Hochrechnung vom Bund akzeptiert werde.

KA Dr. Ibold fragt, ob die Mitarbeiterbefragung zu einer hausinternen Stresssituation geführt habe, vor allem zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten.

Herr Richter erklärt, dass es hierbei zu keinen unerwünschten Auseinandersetzungen gekommen sei. Im Gegenteil, es seien faire und offene Gespräche in den Fachämtern durchgeführt worden. Abschließend sichert er zu, dass für den Ausschuss für Schule und Sport des 4. Quartals 2016 eine separate Vorlage zum weiteren Vorgehen des Medienzentrums vorbereitet wird.

Der erste Zwischenbericht der Finanzstrukturkommission wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

<b>Zu Punkt 7:</b>	<b>Jod-Tabletten für den Kreis Mettmann hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.09.2016 - Vorlage Nr. 32/015/2016</b>
--------------------	---

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 18:</b>	<b>Verfahren zur Bestellung von Schulleiterinnen und Schulleitern - Beendigung der Entsendung von Mitgliedern in die Erweiterte Schulkonferenz - Vorlage Nr. 40/022/2016</b>
---------------------	--

### **Beschluss:**

Die Entsendung der Vertreterinnen und Vertreter des Schulträgers Kreis Mettmann in die erweiterte Schulkonferenz wird mit sofortiger Wirkung beendet.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 8:</b>	<b>Änderung der Hauptsatzung des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 01/006/2016</b>
--------------------	---

### **Beschluss:**

Aufgrund des § 5 Abs. 3 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. 1996, Seite 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. April 2013 (GV. NRW. S. 194), wird folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Kreises Mettmann vom 18.01.2008 beschlossen:

### **Artikel I**

Die Hauptsatzung des Kreises Mettmann in der zurzeit geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

§ 13 Abs. 1 lit. d wird gestrichen.

## Artikel II

Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Kreises Mettmann in Kraft.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 9:</b>	<b>Kreissparkasse Düsseldorf hier: Verwendung des auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteils am Jahresüberschuss 2015 - Vorlage Nr. 01/009/2016</b>
--------------------	--

KA Schulte weist als Anstoß für ein zukünftiges Umdenken darauf hin, dass die Rückführung des Jahresüberschusses aus 2015 als Sicherheitsrücklage der Kreissparkasse sicherlich nicht den gewünschten Erfolg erziele, da die Anforderungen an das Eigenkapital an die Kreditinstitute durch den Baseler Ausschuss stetig steigen.

Landrat Hendele merkt hierzu an, dass eine Änderung umfangreiche Beratungen in den verschiedenen Gremien, u.a. Trägerzweckverband voraussetze. Eine rasche Änderung könne daher nicht vollführt werden.

**Beschluss:**

Der auf den Kreis Mettmann entfallende Anteil am Jahresüberschuss 2015 der Kreissparkasse Düsseldorf in Höhe von 219.540,00 € wird der Sicherheitsrücklage der Kreissparkasse zugeführt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 10:</b>	<b>Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Statistik hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Haan - Vorlage Nr. 10/030/2016</b>
---------------------	--

**Beschluss:**

Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Haan und dem Kreis Mettmann gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 11:</b>	<b>Gründung der Metropolregion Rheinland e.V. - Vorlage Nr. 10/031/2016</b>
---------------------	---

Landrat Hendele berichtet über den aktuellen Sachstand zur Metropolregion Rheinland. Anlässlich eines Antrages der Fraktionen CDU, FDP und FW an den Regionalrat Düsseldorf, die beiden Gebietskörperschaften Duisburg und Kreis Wesel nicht als Vollmitglied in den Verein

aufzunehmen, betont Landrat Hendele, dass er keine Gefahren oder Konfliktsituation erkennen könne, die eine Vollmitgliedschaft ausschließen sollten. Umso mehr möchte er diesen Beschluss nutzen, ein deutliches Signal zur Bereitschaft des Kreises Mettmann an der Metropolregion Rheinland zu setzen.

KA Müller begrüßt die Gründung des Vereins. Er erklärt jedoch, sich bei der Abstimmung zu enthalten, da er noch Gesprächsbedarf habe.

KA Schulte erklärt, dass er die Gründung des Vereins ebenfalls begrüße. Zu Nr. 4 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen CDU und FDP/Freie Wähler vom 13.09.2016 stellt er klar, dass die Gefahr einer Kompetenzverlagerung vom Kreistag auf die Metropolregion nicht begründet sei. Abschließend bittet er um eine Aufstellung aller Mitgliedschaften des Kreises Mettmann, um eine bessere Übersicht der verschiedenen Kooperationen zu erhalten.

Landrat Hendele sichert die Bereitstellung einer Übersicht zu. Hinsichtlich der Kooperationen des Kreises Mettmann nennt er die beiden bestehenden Kooperationen KAG Bergisch Land und die Regionalen Arbeitsgemeinschaft Düsseldorf, Rhein-Kreis Neuss und Kreis Mettmann (RAG).

KA Dr. Ibold begrüßt die Gründung des Vereins. Allerdings bemängelt er die grundlegende Ausrichtung. Hier seien vornehmlich wirtschaftliche Interessen vertreten, Sozialbereiche und der Umweltschutz würden nur zweitrangig beachtet. Unter Gesichtspunkten des Umweltschutzes befürchte er, dass ein Wachstum an versiegelten Flächen entstehen könnte. Daneben bemängelt er die Vertretungsstruktur im Verein. Trotz der Möglichkeit, über den Kreistag Einfluss auszuüben, seien kleine Fraktionen nicht unmittelbar im Verein vertreten. Vor diesem Hintergrund seien Nachbesserungen noch gewünscht.

Landrat Hendele erwidert, dass die Vertreter der IHK und der Handelskammer im Verein erforderlich seien, da primäres Ziel des Vereins sei, wirtschaftliche Interessen zu bündeln und zu fördern. Er betont, dass mit dem Beitritt in den Verein keine Minderung der Handlungs- und Wirkungshoheit des Kreistages erfolge. Er betont, dass die Gestaltungshoheit weiterhin bei den Stadträten und Kreistagen liege, bis dem Verein eigene Aufgaben übertragen werden. Als Beispiel für dieses Verfahren erinnert er an die Gründung der EkoCity.

KA Völker äußert sich kritisch über die Gründung des Vereins und bewertet insbesondere eine Zusammenarbeit von Köln und Düsseldorf skeptisch. Der Satzungsentwurf sei insofern nur eine Kompromisslösung. Allerdings sehe er auch, dass das Land NRW die Kommunen in die Struktur einer Metropolregion zwingt, damit diese weiterhin an Förderprojekten teilnehmen können.

KA Köster-Flashar berichtet von der Diskussion des Regionalrates über die Struktur des Vereins.

KA Diedrich schlägt vor, den Mitgliederkreis um die kommunalen Spitzenverbände zu erweitern.

Landrat Hendele gibt hier zu bedenken, dass die Anzahl der Mitglieder bereits sehr groß ist, und empfiehlt keine Erweiterung.

KA Küchler erklärt, dem Beschluss nicht zustimmen zu wollen. Zwar sei ihr bewusst, dass die Vereinsgründung dazu diene, Fördermittel zu erhalten, allerdings seien für sie noch zu viele Fragen offen. Daneben kritisiert sie die unbestimmte Regelung in § 13 des Satzungsentwurfes.

Abschließend betont Landrat Hendele, dass er sich nach den sehr intensiv und kontrovers geführten Diskussionen über die Verständigung in der Steuerungsgruppe auf einen gemein-

samen Satzungsentwurf freue. In einem nächsten Schritt sollten die hier aufgeworfenen Details im Fachausschuss, Kreisausschuss und Kreistag beraten werden.  
Es erfolgt die Abstimmung über folgenden

### **Beschluss:**

Der Kreis Mettmann begrüßt die bisherigen Aktivitäten zur Vorbereitung der Gründung des Vereins „Metropolregion Rheinland e.V.“ und beabsichtigt, diesem auf der Basis einer noch abzustimmenden Satzung beizutreten.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

bei 2 Enthaltungen der Fraktion FDP

bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

**Zu Punkt 12: Fortschreibung des Regionalplans - Zweite Offenlage des Regionalplanentwurfs - Stellungnahme des Kreises Mettmann im Beteiligungsverfahren  
- Vorlage Nr. 61/014/2016/1**

KA Völker merkt an, dass er den Antrag der Fraktion UWG-ME als sinnvoll erachte. Hinsichtlich des regionalen Grünzuges im Südosten von Langenfeld sehe er einen organisatorischen Fehler, dass mit der Stadt Langenfeld nicht gesprochen worden sei. Bezüglich der Gewerbeflächen in Ratingen-Breitscheid und Ratingen-Homburg rät er zu einem Dialog mit der Stadt Ratingen, und erst nach einer gemeinsamen Lösungsfindung sollte ein Kreistagsbeschluss herbeigeführt werden.

KA Schulte bittet um eine getrennte Abstimmung. Hinsichtlich der Fläche 033 betont er die Wichtigkeit von Freiflächen. Dem Antrag der UWG-ME könne er sich anschließen, allerdings bittet er um erneute Aufnahme von Gesprächen mit den beiden Städten. Auch hinsichtlich der Ziffer 3.2.3 des Regionalplanentwurfs bittet er um eine getrennte Abstimmung, da er sich gegen ein Tagungshotel ausspreche.

KA Dr. Ibold erklärt, dass er aufgrund der zu großen Flächenausweisung dem Beschluss nicht zustimmen könne. Bezüglich des Grünzuges in Langenfeld betont er, dass die Freifläche zur Frischluftzuführung erforderlich sei. Abschließend erkundigt er sich nach der Definition von „Grundwasserschutzzone“.

KA Köster-Flashar kritisiert die Anregung des Kreises Mettmann, ein Tagungshotel im Neandertal zu errichten. Die Tourismusförderung des neanderlandes sehe eine andere Form des Tourismus vor. Sie schließt sich den Äußerungen von KA Völker an und rät eine Einigung mit Ratingen zu finden.

Landrat Hendele erwidert, dass er grundsätzlich eine Abstimmung mit den Städten wünsche. Allerdings müsse berücksichtigt werden, dass dem Kreis die Möglichkeit eingeräumt sei, eigene Anregungen zu machen.

An KA Dr. Ibold gerichtet definiert Herr Görtz den Begriff der Wasserschutzzone (wasserverträglich) und erklärt, dass für diese Zone keine Gefährdung bestehe. Hinsichtlich der Problematik mit Ratingen führt er aus, dass am 29.09.2016 im Ratinger Fachausschuss über die Thematik beraten werde. Die Flächendarstellung in Ratingen-Breitscheid sei aufgrund des Baus der JVA Ratingen so von der Bezirksregierung akzeptiert worden. Der Kreis Mettmann habe dagegen eine kleine Fläche geplant. Zur Gewerbefläche in Ratingen-Homburg erklärt er, dass eine Abweichung in der Höhe der Hektarzahl bestehe.

KA Hagling teilt mit, dass sie den Antrag an dieser Stelle zurück ziehen möchte. Erst seien Gespräche mit der Stadt Langenfeld zu führen. Dann könne sie erneut einen Antrag stellen.

Bezüglich des Tageshotels stellt KA Völker fest, dass die Einrichtung vor allem für das Neanderthal Museum förderlich sei.

KA KÜchler schließt sich den Äußerungen von KA Dr. Ibold an. Sie begrüßt die Errichtung eines Tagungshotels, um den Tourismus zu fördern. Abschließend erklärt sie, dass sie sich der Abstimmung enthalten werde.

KA Schulter konkretisiert seine Äußerung dahingehend, dass er mit dem Vorschlag der Verwaltung zur Fläche 032 einverstanden sei. Hinsichtlich der Fläche 033 warnt er davor, durch vermehrte Versiegelung eine Splittersiedlung herbeizuführen.

Landrat Hendele sichert abschließend zu, mit der Stadt Langenfeld das Gespräch zu suchen. Hinsichtlich der Problematik mit der Stadt Ratingen stellt er fest, dass hier ein Handlungsbedarf des Kreistages bestehe und erinnert in diesem Zusammenhang an den Beschluss im Kreistag zur B 7.

Die Mitglieder des Kreisausschusses verweisen den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung in den Kreistag.

KA Schulte bittet um eine Berichterstattung über die geführten Gespräche mit den betreffenden Städten an die Mitglieder der Interfraktionellen Runde vor dem kommenden Kreistag.

**Abstimmungsergebnis: ohne Beschlussempfehlung verwiesen**

<b>Zu Punkt 13:      Änderungen im Busliniennetz der Stadt Monheim am Rhein - Vorlage Nr. 20/015/2016</b>
---

**Beschluss:**

1. Den in der Vorlage dargestellten Linienweg- und Angebotsanpassungen in Monheim am Rhein wird zugestimmt.
2. Die Maßnahmen werden mit Beschlussfassung durch den Kreistag Bestandteil des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann.
3. Die Bahnen der Stadt Monheim (BSM) sowie die Rheinbahn AG werden mit der betrieblichen Umsetzung betraut.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 14:      Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Ennepe-Ruhr-Kreis - Vorlage Nr. 20/017/2016</b>
--

**Beschluss:**

1. Gegen die, den Kreis Mettmann betreffenden Maßnahmen des NVP-Entwurfes für den Ennepe-Ruhr-Kreis werden keine Bedenken geltend gemacht.

2. Die Verwaltung wird gebeten, dem Ennepe-Ruhr-Kreis im Rahmen des formalen Beteiligungsverfahrens eine entsprechende Stellungnahme zu den Linien 176, 331, 634 und 647 zukommen zu lassen.
3. Mit Umsetzung der Maßnahme BM30 wird die Linie 634 auf Velberter Gebiet eingestellt und ist damit nicht mehr Gegenstand des NVP für den Kreis Mettmann.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

- 7 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
- 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
- 2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- 1 Ja-Stimme der Fraktion FDP
- 1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

<b>Zu Punkt 15: Förderaufruf des MFKJKS NRW Präventives Handeln vor Ort stärken - Kommunales Förderprogramm zur Rechtsextremismus- und Rassismusprävention - Vorlage Nr. 50/021/2016</b>
--

KA Hagling stellt einen Antrag, den Beschlusswortlaut zu erweitern auf „sämtliche Formen von Rassismus und Extremismus“.

KA Köster-Flashar erklärt, dass sie das Förderprogramm begrüße und eine Erweiterung nicht befürworte, da der Wortlaut bereits als Generalisierung zu verstehen sei.

KA Völker führt aus, dass der Wortlaut vom Förderprogramm bestimmt sei und nicht geändert werden könne. Darüber hinaus wünsche auch er eine Ausweitung gegen sämtliche Formen des Extremismus.

KA Schulte begrüßt das Förderprogramm. Er erinnert an einen abgelehnten Antrag der SPD-Fraktion vor ca. 2 Jahren mit gleichem Beschlussinhalt. Er bedauere, dass der Kreis jetzt erst aktiv werde.

KA Richter betont, dass der Antrag der SPD-Fraktion die Einrichtung einer unbefristeten Stelle zum Inhalt hatte. Hier handele es sich um die Finanzierung einer Stelle für eine befristete Zeit. Er führt aus, dass aufgrund des vorbestimmten Wortlautes durch das Förderprogramm auch nur über diesen konkreten Wortlaut beraten werden könne.

Abschließend nimmt KA Hagling den Antrag zurück.

**Beschluss:**

Der Landrat wird beauftragt an dem Förderaufruf teilzunehmen und ein lokales Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus für den Kreis Mettmann bei Projektbewilligung zu erstellen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

- bei 1 Enthaltung der Fraktion UWG-ME

**Zu Punkt 16: Bildung des Kreiswahlausschusses zur Landtagswahl am 14. Mai 2017  
- Vorlage Nr. 32/010/2016**

**Wahlvorschlag:**

In den Kreiswahlausschuss für die Landtagswahl 2017 werden gewählt:

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Beisitzerin/Beisitzer</b>	<b>Stellvertreterin/Stellvertreter</b>
1	Schimmer, Dagmar	Schettgen, Sybille
2	Schlottmann, Rainer	Müller, Klaus
3	Gräber, Alexandra	Hagling, Brigitte
4	Zwilling, Peter	Ehlert, Detlef
5	Janssen, Ingmar	Petschull, Renate
6	Münnich, Marianne	Köster-Flashar, Martina

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Zu Punkt 17: Betriebsabrechnung 2015 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann  
- Vorlage Nr. 32/009/2016**

**Beschluss:**

Die Betriebsabrechnung 2015 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann weist einen Überschuss in Höhe von 834.474,57 € aus.

Der Überschuss wird gemäß § 43 Absatz 6 GemHVO NRW zeitversetzt dem Sonderposten „Gebührenaussgleich Notarztsystem“ zugeführt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Zu Punkt 19: Vereinbarung zur Übernahme der Trägerschaft der Selbsthilfekontaktstelle des Kreises Mettmann durch den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Landesverband NRW e.V. zum 01.01.2017  
- Vorlage Nr. 53/008/2016**

**Beschluss:**

Dem Abschluss der Vereinbarung zur Übernahme der Trägerschaft der Selbsthilfekontaktstelle des Kreises Mettmann durch den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband – Landesverband NRW e.V. zum 01.01.2017 (**Anlage 1**) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 20:</b>	<b>Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann ab 01.01.2017</b> <b>- Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann</b> <b>- Vorlage Nr. 53/009/2016</b>
---------------------	--

**Beschluss:**

Dem Abschluss der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung des Kreises Mettmann mit den Städten Erkrath, Haan, Heiligenhaus, Hilden, Langenfeld Rhld., Mettmann, Monheim am Rhein, Ratingen, Velbert und Wülfrath zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann (**Anlage**) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 21:</b>	<b>Änderungen für den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen im Kreis Mettmann</b> <b>- Vorlage Nr. 57/004/2016/1</b>
---------------------	--

Abgesetzt, siehe Tagesordnungspunkt 1.

<b>Zu Punkt 22:</b>	<b>Nachträge</b>
---------------------	------------------

<b>Zu Punkt 22.1:</b>	<b>Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe</b> <b>Hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.09.2016</b> <b>- Vorlage Nr. 57/005/2016</b>
-----------------------	--

Herr Richter berichtet, dass zum 01.07.2016 das erste allgemeine Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in NRW in Kraft getreten sei. Verbunden seien damit auch die Änderung des Ausführungsgesetz zum SGB XII und damit Zuständigkeitsverlagerungen im Bereich der Sozialhilfe. Die fachlichen Hilfen für ambulante Wohnhilfen werden bei den Landschaftsverbänden gebündelt. Der Landschaftsverband arbeite derzeit an einer entsprechenden Änderungssatzung, welche ex tunc zum 01.07.2016 in Kraft treten soll. Verlagert wird die Zuständigkeit und somit die Kostentragungspflicht vom Landschaftsverband auf den Kreis Mettmann für die Hilfe zum Lebensunterhalt im Betreuten Wohnen und die Eingliederungshilfe im Betreuten Wohnen über 65 Jahren. Der Landschaftsverband werde zuständig für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Pflegefamilien und die ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe zur Sicherung oder Ermöglichung eines selbständigen Wohnens.

*Weitere Ausführungen zur Anfrage sind als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.*

Vor Einstieg in die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 23 stellt Landrat Hendele die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 17:40 Uhr**

gez.  
**Thomas Hendele**

gez.  
**Charlotte Delahaye**